

Rahmenvertrag

Zwischen

Deutsches Rotes Kreuz e.V.

vertreten durch den Generalsekretär

Christian Reuter

Carstennstraße 58

12205 Berlin

(im Folgenden „**Auftraggeber**“)

und

vertreten durch

...

...

...

(im Folgenden „**Auftragnehmer**“)

- Auftraggeber und Auftragnehmer im Folgenden „**die Parteien**“ genannt -

wird folgender **RAHMENVERTRAG** geschlossen:

Präambel

Der Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK e.V.) ist die Nationale Gesellschaft des Roten Kreuzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Als solche ist es Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, die Opfern von Konflikten und Katastrophen sowie anderen hilfsbedürftigen Menschen in gesundheitlichen oder sozialen Notlagen umfassend Hilfe leistet, allein nach dem Maß der Not. Das DRK bekennt sich als nationale Rotkreuzgesellschaft zu den sieben Rotkreuzgrundsätzen: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Es gehört als gemeinnützige humanitäre Organisation zu den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.

Der DRK e.V. verwendet die Online-Beratungssoftware mbeon im Rahmen seiner Aufgaben in der Migrationsberatung. Die Software dient der Messenger-basierten Chatberatung und besteht aus den nachfolgend genannten drei Komponenten:

- Eine IOS und eine Android App zur Nutzung für die Ratsuchenden.
- Eine Desktopanwendung: die Beratungsoberfläche, über die die Beratungsfachkräfte mit den Ratsuchenden kommunizieren können.
- Integriert in die Beratungsoberfläche ist ein Interner Fachaustausch: dieser besteht aus einem Forum, einem Wissensbereich, einer Kontaktliste, einem Bereich zum Einstellen von Schulungsvideos u.a.

mbeon wird von verschiedenen Einrichtungen innerhalb des DRK sowie von anderen beteiligten Wohlfahrtsverbänden (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Bund der Vertriebenen) für die sichere und datenschutzfreundliche Online-Migrationsberatung genutzt.

Das DRK e.V. beabsichtigt die Software eigenständig sowie mit den Drittorganisationen weiterzuentwickeln. Die Weiterentwicklung erfolgt auf Grundlage dieses Vertrages und individueller Aufträge zur Weiterentwicklung, die die jeweilige Leistungsbeschreibung enthalten.

Die Software wurde von einer/einem externen Dienstleistenden programmiert. Der DRK e.V. hält umfassende Nutzungs- und Bearbeitungsrechte sowie den Sourcecode.

§ 1 Gegenstand und Bestandteile des Vertrages

- (1) Gegenstand dieses Software-Rahmenvertrages ist das Hosting, die Wartung, der Support und die Weiterentwicklung der Software mbeon auf der Grundlage eines Werkvertrages. Die Leistungen bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit.
- (2) Neben diesem Vertrag gelten als Vertragsbestandteile:
 - (a) Die Ausschreibung des Auftraggebers vom 04.08.2023, bestehend aus
 - der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes,
 - der Leistungsbeschreibung
 - den Beilagen
 - Beantwortete Bieterfragen sowie auftraggeberseitige Korrekturen an den Vergabeunterlagen und
 - das Preisblatt.
 - (b) Das Angebot des Auftragnehmers vom [REDACTED] nebst Anlagen.
 - (c) Die Bieterauskünfte.
 - (d) Die Auftragsverarbeitungsvereinbarung.
 - (e) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung.
- (3) Als Vertragsbestandteil gelten die gemäß § 1 Abs. 2. a-e genannten Anlagen in der aufgeführten Reihenfolge.
- (4) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden ausdrücklich nicht Vertragsbestandteil.
- (5) Der Auftraggeber kann nach Vertragsschluss jederzeit Änderungen des Leistungsumfangs des Gesamtsystems im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Die Zumutbarkeit hat der Auftragnehmer innerhalb einer angemessenen Frist zu prüfen und dem Auftraggeber mitzuteilen, ob die Änderungen zumutbar sind und falls nicht, die Gründe dafür darlegen. Eine entsprechend umfangreiche Änderung, kann vor allem bei einer Änderung von Terminen, eine Änderung der vereinbarten Vergütung mit sich bringen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich in diesem Fall dem Auftraggeber ein erneutes Angebot vorzulegen. Es besteht keine Pflicht des Auftragnehmers zur Annahme des Änderungsangebots. Kommt es zu einer Änderung der Leistungen, so ist die Leistungsbeschreibung entsprechend anzupassen.

§ 2 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Die durch den Auftragnehmer über den gesamten Vertragszeitraum zu erbringenden Leistungen werden in Hosting-, Wartung- und Support- sowie Weiterentwicklungsleistungen unterschieden.
- (2) Zu den Hostingleistungen zählen:
 - (a) Die Bereitstellung einer virtuellen Serverinstanz, welche den Anforderungen des Auftraggebers in der Leistungsbeschreibung entspricht (Serverstand innerhalb von Deutschland).
 - (b) Bereitstellung von Server-Systemen und der Kommunikationsinfrastruktur in Rechenzentren inkl. Deployment, Patch-, System- und Security-Management für alle bestehenden Komponenten von mbeon
- (3) Zu den Wartung- und Supportleistungen zählen

- (a) der allgemeine technische Support (s. § 5 dieses Vertrages):
 - die Übernahme der Anwendungen (einmalige Migration),
 - das Bugfixing (Störungsbeseitigung),
 - der technische Support aller mbeon-Komponenten,
 - die laufende Wartung aller mbeon-Komponenten,
 - die Entwicklung eines Projektmanagement-Konzepts,
 - die Entwicklung eines Konzepts für Fehlerbehebungen und Support-Anfragen,
 - die Entwicklung eines Dokumentations-, Sicherheits- und Skalierungskonzepts,
- (b) die Störungsbeseitigung (s. § 7 dieses Vertrages)
- (4) Zu den Weiterentwicklungsleistungen zählen Programmierungen neuer Funktionalitäten, die im aktuellen System noch nicht integriert sind und somit die Plattform zu optimieren und an sich ändernde Bedürfnisse des Auftraggebers anzupassen, u.a. (siehe § 6 dieses Vertrages):
 - (a) die Umsetzung der Progressive Web App-Weiterentwicklung sowie die Backend-Optimierung,
 - (b) die technische Implementierung der Videotelefoniefunktionalität
 - (c) sowie andere, noch nicht näher spezifizierbare Weiterentwicklungen.

§ 3 Inkrafttreten, Laufzeit und Beendigung des Vertrages

- (1) Dieser Rahmenvertrag wird für ein Jahr geschlossen und tritt ab dem 01.10.2023 in Kraft. Der Vertrag verlängert sich zweimalig automatisch um weitere 12 Monate bei gleichbleibenden Bedingungen, sofern der Auftraggeber nicht spätestens 3 Monate vor Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit (zum 30.06.2024; zum 30.06.2025) schriftlich kündigt. Der Vertrag endet jedoch automatisch spätestens zum 30.09.2026 oder bei Erreichen der budgetären Obergrenze gemäß § 11 Abs. 1.
- (2) Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (3) Wird eine auf der Grundlage dieses Vertrages geschlossene Einzelvereinbarung durch Kündigung oder Vereinbarung aufgelöst, so wird der Bestand dieses Rahmenvertrages dadurch nicht berührt.
- (4) Kündigungen bedürfen der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändiger Unterschrift (ggfs. vom jeweiligen Vertretungsberechtigten), welches der anderen Vertragspartei im Original zuzustellen ist.
- (5) Bei Beendigung dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche ihm zur Erfüllung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Gegenstände, Materialien, Zugänge und Daten, einschließlich gefertigter Kopien herauszugeben. Sie stehen im Eigentum des Auftraggebers. Eigene, im Zusammenhang mit diesem Auftrag erstellte Unterlagen sind an den Auftraggeber in Kopie zu übergeben, wenn und soweit dieser die Unterlagen zur Dokumentation oder Fortentwicklung des Projektes benötigt.

§ 4 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat die Leistungen des Auftragnehmers durch angemessene Mitwirkungshandlungen im Sinne der nachstehenden Absätze zu unterstützen.
- (2) Er verpflichtet sich, alle zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung und der Einzelaufträge erforderlichen Informationen dem Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen, soweit die Beschaffung dieser Information nicht im Verantwortungsbereich des

Auftragnehmers liegt und dies mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Rechtsvorschriften vereinbar ist.

- (3) Nimmt der Auftraggeber ihm obliegende Handlungen nicht rechtzeitig vor, so verschieben sich zugesagte Termine um eine angemessene Zeit. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber den Einzelauftrag nachträglich ändert oder ergänzt. Eventuell auftretende Wartezeiten sind von dem Auftragnehmer mit der Erledigung anderer vertraglich vereinbarter Aufgabenteile im Rahmen des Zumutbaren sinnvoll auszufüllen.

§ 5 Durchführung und Abruf der Wartungs- und Supportleistungen

- (1) Der Auftragnehmer wird die Wartungs- und Supportleistungen nach § 2 Abs. 3 nach dem jeweils neuesten Stand bewährter Technik erbringen. Er berücksichtigt allgemeine Verfahrensbeschreibungen und Industriestandards (z. B. ITIL, DIN) sowie gegebenenfalls spezifische Bestimmungen, Methoden und Anwendungspraktiken des Auftraggebers.
- (2) Der Auftragnehmer wird nur qualifiziertes und zuverlässiges Personal einsetzen. Er wird nur bewährte Verfahren, Tools und Werkzeug verwenden, deren Eignung er kennt, deren Ausführung er beherrscht und die dem jeweils anwendbaren Stand der Technik entsprechen.
- (3) Die Leistungen nach § 2 Abs. 3 sind ab Vertragsunterzeichnung monatlich bis zum Ende der Vertragslaufzeit nach § 3 Abs. 1 durch den Auftragnehmer zu erbringen. Soweit nichts anderes vereinbart ist, beziehen sich die Wartungs- und Supportleistung auf die vertraglichen Leistungen insgesamt.
- (4) Der Auftragnehmer erbringt die Wartungs- und Supportleistungen zum Erhalt des Betriebes der in der Präambel genannten Komponenten im Rahmen des monatlichen Retainers. Vor der Durchführung der Leistung hat der Auftragnehmer den Auftrag des Auftraggebers einzuholen.
- (5) Ein Auftrag kommt nur durch eine erteilte Freigabe via E-Mail (Textform) eines Angebots durch den Auftraggeber zustande.
- (6) Eine Verpflichtung des Auftraggebers zur Abnahme eines bestimmten Mindestkontingents an Wartungs- und Supportleistungen besteht nicht.
- (7) Der Abruf der Wartungs- und Supportleistungen erfolgt, nach Maßgabe des zugrundeliegenden Preisblattes im Rahmen eines monatlichen Retainers. Die festgelegten monatlichen Stunden sind abschließend im Preisblatt geregelt.
- (8) Sofern das monatliche Kontingent an abzurufenden Stunden erschöpft ist, informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber unaufgefordert.
- (9) Monatlich nicht ausgeschöpfte Stundenkontingente aus dem Retainer für Wartungs- und Supportleistungen werden gesammelt und sind in den Folgezeitraum übertragbar.

§ 6 Durchführung und Abruf der Weiterentwicklungsleistungen

- (1) Der Auftragnehmer wird die Weiterentwicklungsleistungen nach dem jeweils neuesten Stand bewährter Technik erbringen. Er berücksichtigt allgemeine Verfahrensbeschreibungen und Industriestandards (z. B. ITIL, DIN) sowie gegebenenfalls spezifische Bestimmungen, Methoden und Anwendungspraktiken des Auftraggebers.
- (2) Der Auftragnehmer wird nur qualifiziertes und zuverlässiges Personal einsetzen. Er wird nur bewährte Verfahren, Tools und Werkzeug verwenden, deren Eignung er kennt,

deren Ausführung er beherrscht und die dem jeweils anwendbaren Stand der Technik entsprechen.

- (3) Die Weiterentwicklungsleistungen nach § 2 Abs. 4 können bis zum Ende der Vertragslaufzeit nach § 3 Abs. 1 durch den Auftraggeber in Auftrag gegeben werden.
- (4) Die Durchführung der konkreten Weiterentwicklungsleistungen finden auf Grundlage von schriftlichen Einzelaufträgen statt, die von den Parteien nach Maßgabe dieses Rahmenvertrages getroffen werden.
- (5) Der Auftragnehmer erstellt auf Anfrage des Auftraggebers Angebote zu den erbetenen Weiterentwicklungsleistungen, in denen Gegenstand und Art der Leistung, Umfang sowie – sofern vom Auftraggeber gebieft – die Terminschiene bestimmt werden.
- (6) Bei der Erstellung der Angebote sind die vereinbarten Preise des Preisblattes zugrunde zu legen.
- (7) Eine Verpflichtung des Auftraggebers zur Abnahme eines bestimmten Mindestkontingents an Weiterentwicklungsleistungen besteht nicht.
- (8) Ein Auftrag kommt nur durch eine erteilte Freigabe via E-Mail (Textform) eines Angebotes durch den Auftraggeber zustande.

§ 7 Störungsbeseitigung

- (1) Die Vertragsparteien sind zur Feststellung von Störungen (Monitoring) verpflichtet.
- (2) Der Auftraggeber verpflichtet sich, erkannte Störungen unverzüglich dem Auftragnehmer zu melden.

Kontaktperson:

Kontaktadresse:

- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, erkannte Störungen unverzüglich dem Auftraggeber zu melden.

Kontaktperson:

Kontaktadresse:

- (4) Liegt eine Störung vor, gilt für die Störungsbeseitigung Folgendes: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen verfügbaren, die Störung beseitigen Zustand aller Systemkomponenten bereitzustellen. Ist ein die Störung beseitigender Zustand nicht verfügbar, ist eine Umgehenslösung zur Verfügung zu stellen. Ist dies unzumutbar, hat er den Auftraggeber unverzüglich eine Auskunft zu erteilen, wann und wie die Störung beseitigt werden kann.
- (5) Es werden die folgenden Störungsklassen vereinbart:

Störungsklasse	Reaktionszeit in Stunden	Wiederherstellungszeit in Stunden
Betriebsverhindernde Störung (Priorität I)	Innerhalb von zwei Stunden	Behebung nach Best Effort*
Betriebsbehindernde Störung (Priorität II)	Innerhalb von vier Stunden	Behebung nach Best Effort*
Leichte Störung (umgehbar - Priorität III)	Innerhalb von zwei Arbeitstagen	Behebung nach Absprache oder im nächsten Software Release
Leichte Störung (nicht dringlich – Priorität IV)	Innerhalb von drei Arbeitstagen	Behebung nach Absprache oder im nächsten Software Release

*Definition Best Effort: Der Auftragnehmer stellt sicher, dass innerhalb der Servicezeiten mindestens eine sachverständige Person zur Verfügung steht, die mit den spezifischen Anpassungen beim DRK vertraut ist. Bei der Meldung von Fehlern der Priorität I und II widmet sich diese Person ausschließlich der Behebung dieser Fehler, bis ein Bugfix oder Workaround bereitgestellt werden kann oder nach Rücksprache mit dem DRK etwas anderes vereinbart wird.

- (6) Die Einordnung der Störung in die verschiedenen Kategorien erfolgt durch den Auftraggeber nach billigem Ermessen unter angemessener Berücksichtigung der Auswirkungen, die der betreffende Leistungsmangel auf seinen Geschäftsbetrieb hat, und der Interessen des Auftragnehmers.
- (7) Sofern absehbar ist, dass sich eine kritische oder wesentliche Störung nicht innerhalb der Zeiträume nach § 7 Abs. 5 beheben lässt, wird der Auftragnehmer innerhalb der dort genannten Fristen eine Behelfslösung (Work Around) bereitstellen. Die Bereitstellung des Work Around entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner Verpflichtung zur schnellstmöglichen Beseitigung der Störung.
- (8) Bei gleichzeitigem Vorliegen mehrerer Leistungsmängel ist der Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer Prioritäten für die Beseitigung vorzugeben. Die Verpflichtung des Auftragnehmers, die für die jeweilige Mangelkategorie vorgegebenen Reaktions- und Beseitigungsfristen einzuhalten, bleibt unberührt.
- (9) Im Falle des Verzugs kann der Auftraggeber den Ausgleich des Verzögerungsschadens verlangen. Der Auftraggeber ist berechtigt nachdem er eine angemessene Frist zur Leistung gestellt hat, den Vertrag zu kündigen beziehungsweise Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen. Tritt die gleiche Störung nach einer angeblichen Behebung erneut auf, so gilt die Störung als nicht beseitigt.

§ 8 Abnahme der Leistungen

- (1) Sofern erforderlich, ist der Auftraggeber über die jeweils vertragsgemäß ausgeführten Leistungen via E-Mail (Textform) zu verständigen und zur Abnahme aufzufordern.
- (2) Die Abnahme der vertragsgemäßen Leistungen erfolgt ebenfalls jeweils via E-Mail in Textform (§ 126 b BGB) spätestens 7 Werktage nach Zugang der Abnahmeaufforderung. Erweist sich das Ergebnis als nicht abnahmefähig, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die vom Auftraggeber konkret zu benennenden Mängel unverzüglich zu beseitigen.

- (3) Nach erfolgreich durchgeführter Funktionsprüfung hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Abnahme zu erklären. Die Funktionsprüfung gilt als erfolgreich durchgeführt, wenn die Programme in allen wesentlichen Punkten die vertraglich vorgesehenen Anforderungen erfüllen.

§ 9 Servicezeiten

- (1) Der Auftragnehmer wird die Leistungen innerhalb der folgenden Servicezeiten erbringen: Montag bis Freitag; 8:00 – 17:00 Uhr, außer an bundesweiten Feiertagen.
- (2) Die nach § 7 Abs. 5 dieses Vertrags geltenden Reaktions- und Beseitigungsfristen für die Störungsklassen laufen nicht außerhalb der Servicezeiten.
- (3) Duldet die Erbringung einer Pflegeleistung objektiv keinen Aufschub, wird der Auftragnehmer diese auch außerhalb der Servicezeiten („erweiterte Servicezeiten“) erbringen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, für die auf die erweiterten Servicezeiten entfallenden Leistungen einen Vergütungszuschlag zu berechnen. Der Zuschlag ergibt sich aus der dem Vertrag als Anlage beigefügten Preisliste. Von den Zuschlägen ausgenommen sind Leistungen, deren Veranlassung der Auftragnehmer zu vertreten hat.

§ 10 Nebenkosten

- (1) Nebenkosten sind im Einzelfall im Rahmen der Einzelaufträge zu regeln. Nebenkosten werden von dem Auftraggeber nur übernommen, wenn diese im Voraus vereinbart wurden.
- (2) Reise- und Übernachtungskosten auf Nachweis und auf Basis des Bundesreisekostengesetzes.

§ 11 Vergütung und Rechnungslegung

- (1) Das in Aussicht genommene Auftragsvolumen wird im ersten Jahr auf 349.000,00 EURO (brutto), bei drei Jahren Vertragslaufzeit auf 464.000,00 EUR (brutto) geschätzt (Schätzwert) und für die gesamte mögliche Vertragslaufzeit auf maximal 613.000,00 EUR (brutto) festgelegt (Obergrenze).
- (2) Für die Hostingleistung nach § 2 Abs. 2, wird mit einem monatlichen Festbetrag von XX EURO netto zzgl. ggf. anfallender Umsatzsteuer vergütet. Es hat von dem Auftragnehmer monatlich eine Rechnungstellung für die Leistungen zu erfolgen. Die Vergütung wird 21 Tage nach Abnahme der Leistung und Ausstellung einer prüffähigen, schriftlichen Rechnung vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zur Zahlung fällig.
- (3) Die Wartungs- und Supportleistungen nach § 2 Abs. 3, die nach § 5 im Rahmen des monatlichen Retainers beauftragt und erbracht werden, werden entsprechend den unterbreiteten Preisen gemäß Preisblatt (dieses ist Vertragsbestandteil) vergütet. Es erfolgt eine monatliche Rechnungsstellung. Der Betrag ist jeweils fällig innerhalb von 21 Tagen nach schriftlicher Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer. Die Vergütungen verstehen sich netto zuzüglich Umsatzsteuer in der jeweils geltenden gesetzlichen Höhe.

- (4) Die Weiterentwicklungsleistungen nach § 2 Abs. 4, die nach § 6 im Rahmen von Einzelaufträgen beauftragt und erbracht werden, werden entsprechend den unterbreiteten Preisen des Einzelauftrages vergütet. Für die Kalkulation der Einzelaufträge sind die Preise gemäß Preisblatt (dieses ist Vertragsbestandteil) einschlägig. Der Betrag ist jeweils fällig innerhalb von 21 Tagen nach schriftlicher Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer. Die Vergütungen verstehen sich netto zuzüglich Umsatzsteuer in der jeweils geltenden gesetzlichen Höhe.
- (5) Die Rechnungen müssen neben den Angaben gemäß § 14 Abs. 4 UStG zusätzlich folgende Informationen enthalten:
- Bezeichnung und Anzahl der abgerechneten Leistungen in Stunden,
 - Nettozahlbetrag je abgerechneter Leistung,
 - Und Netto- und Brutto- Gesamtrechnungssumme,
- Der Rechnung ist ein durch den Auftraggeber zu bestätigender und nachprüfbarer Leistungsnachweis als Anlage zur Rechnung (z. B. Stundenlohnzettel, Lieferscheine, Fremdrechnungen und sonstige Belege) beizufügen. § 15 VOL/B bleibt unberührt.
- (6) Die Zahlung erfolgt jeweils durch Überweisung auf folgendes Konto des Auftragnehmers:

Bank:

IBAN:

- (7) Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft geleistet.

§ 12 Unterauftragnehmer

- (1) Die Weitergabe von Teilen der Leistung an andere Unternehmen („Unterauftragnehmer“) ist, sofern keine abweichenden Bedingungen getroffen wurden, zulässig.
- (2) Der Einsatz eines Unterauftragnehmers nach Vertragsschluss ist dem Auftraggeber anzuzeigen und bedarf der Zustimmung des Auftraggebers.
- (3) Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an solche Unterauftragnehmer übertragen, die fachkundig und leistungsfähig (geeignet) sind.
- (4) Der Wechsel des Unterauftragnehmers bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Auftraggeber.

§ 13 Rechteübertragung

- (1) Arbeitsergebnisse sind sämtliche durch die Tätigkeit des Auftragnehmers im Rahmen dieses Vertrags geschaffenen Werke, insbesondere die Programmierung, Änderung und Weiterentwicklung von Softwareprogrammen sowie die bei deren Entwicklung entstandenen und in Dokumenten und auf Datenträgern festgehaltenen Ideen, Algorithmen, Verfahren, Spezifikationen und Berichte, sowie Entwurfs-, Dokumentations- und Schulungsmaterial über die Anwendung und Pflege von Softwareprogrammen.
- (2) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an den Arbeitsergebnissen im Zeitpunkt von deren Entstehung das räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte, ausschließliche und unwiderrufliche Recht an sämtlichen bekannten Nutzungsarten ein,

außerdem das alleinige und unbeschränkte Eigentumsrecht an denjenigen Arbeitsergebnissen, an denen ein solches begründet und übertragen werden kann. Insbesondere ist der Auftraggeber ohne Einschränkung berechtigt, die Arbeitsergebnisse zu vervielfältigen, zu bearbeiten (auch Software mit anderen Programmen zu verbinden, umzugestalten, in andere Programmiersprachen und für andere Betriebssysteme zu konvertieren), in andere Darstellungsformen zu übertragen und auf sonstige Art und Weise zu verändern, fortzusetzen und zu ergänzen, in unveränderter und veränderter Form zu verbreiten, drahtgebunden und drahtlos öffentlich wiederzugeben, Unterlizenzen zu vergeben sowie alle im Rahmen dieses Vertrags eingeräumten Nutzungsrechte entgeltlich und unentgeltlich zu übertragen.

- (3) Das Nutzungsrecht bezieht sich auf die Individualsoftware, insbesondere deren Objekt- und Quellcode in allen Entwicklungs-, Zwischen- und Endstufen und auf die zugehörigen Dokumentationen sowie auf sonstige für die Ausübung der Nutzungsrechte notwendige Materialien wie beispielsweise Analysen, Lasten- bzw. Pflichtenhefte, Konzepte und Beschreibungen. Für den Fall, dass Quellcodeteile der Individualsoftware bereits vor Beginn dieses Vertrages oder unabhängig von diesem Vertrag von Dritten oder vom Auftragnehmer entwickelt wurden, ist der Auftragnehmer berechtigt, dem Auftraggeber diese Teile nicht im Quellcode, sondern nur im Objektcode zur Verfügung zu stellen. Dies gilt jedoch nur, soweit der Auftragnehmer den Auftraggeber bei Abschluss dieses Vertrages auf diesen Umstand hinweist und er den Auftraggeber gleichzeitig in die Lage versetzt, dass dieser aus den im Quellcode und den nur im Objektcode überlassenen Teilen der Individualsoftware eine ausführbare Individualsoftware bzw. nach Bearbeitung der durch den Auftragnehmer zu überlassenden Quellcodeteile eine ausführbare bearbeitete bzw. umgestaltete Fassung der Individualsoftware erzeugen kann. An den lediglich im Objektcode überlassenen Teilen der Individualsoftware hat der Auftraggeber alle für die Individualsoftware vereinbarten Rechte, jedoch kein Bearbeitungsrecht, es sei denn, dass dies nach den gesetzlichen Vorschriften zulässig ist.

§ 14 Sach- und Rechtsmängel

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen frei von Mängeln und von Rechten Dritter sind. Eine Mängelmeldung hat an folgende Adresse zu erfolgen: **XX**
- (2) Sollten die vertragsgegenständlichen Leistungen Schutzrechte Dritter verletzen, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich unterrichten und diesem die zur Abwehr erforderlichen Informationen und sonstige angemessene Unterstützung zur Verfügung stellen.
- (3) Der Auftragnehmer wird auf eigene Kosten und nach seiner Wahl entweder dem Auftraggeber die erforderlichen Nutzungsrechte verschaffen oder die vertragsgegenständlichen Leistungen so abändern, dass sie Schutzrechte Dritter nicht mehr verletzen, aber weiterhin den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen. Im letzten Fall wird der Auftragnehmer alle dafür erforderlichen Konvertierungen, Umstellungen, Anpassung von Dokumentationen, Schulungen etc durchführen. Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, die erforderlichen Nutzungsrechte zu gewähren oder die vertragsgegenständlichen Leistungen entsprechend abzuändern, ist der Auftraggeber zur sofortigen Kündigung dieses Vertrags berechtigt. Das Recht des Auftraggebers, darüber hinaus gehende Schadensersatzansprüche geltend zu machen, bleibt unberührt.

- (4) Im Falle der Verletzung von Schutzrechten Dritter wird der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen daraus resultierenden Ansprüchen und Schadenersatzforderungen sowie von den Kosten der Rechtsverteidigung in angemessener Höhe gegen Nachweis freistellen. Die Freistellung steht unter der Voraussetzung, dass der Auftraggeber nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmers einen Vergleich über die von dem Dritten geltend gemachten Ansprüche schließt oder diese anerkennt.

§ 15 Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt
- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit,
 - für die Verletzung von Leben, Leib oder Gesundheit,
 - nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes sowie
 - im Umfang einer vom Auftragnehmer übernommenen Garantie.
- (2) Bei leicht fahrlässiger Verletzung einer Pflicht, die wesentlich für die Erreichung des Vertragszwecks ist (Kardinalpflicht), ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach begrenzt auf den Schaden, der nach der Art des fraglichen Geschäftes vorhersehbar und typisch ist.
- (3) Eine weitergehende Haftung des Auftragnehmers besteht nicht.
- (4) Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für die persönliche Haftung der Mitarbeiter, Vertreter und Organe des Auftragnehmers.

§ 16 Nebenabreden

Nebenabreden oder Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Mündliche Abmachungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung der Schriftform.

§ 17 Verschwiegenheit und Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien haben alle vertraulichen Informationen, die eine Vertragspartei von der anderen Vertragspartei erhält, vertraulich zu behandeln und ausschließlich zum Zweck der Leistungserbringung zu benutzen. Die Vertragsparteien schützen vertrauliche Informationen vor unbefugtem Zugriff und behandeln diese mit der gleichen Sorgfalt, die sie bei ihren eigenen, gleichermaßen vertraulichen Informationen anwenden, mindestens jedoch die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Eine Weitergabe der vertraulichen Informationen durch eine Vertragspartei an andere Dritte, insbesondere verbundene Unternehmen oder Lizenznehmer ist nur nach vorheriger, schriftlicher ausdrücklicher Zustimmung der anderen Vertragspartei zulässig.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen Beachtung finden.

§ 18 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

Gegen Ansprüche des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderung aufrechnen. Zur Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist der Auftragnehmer nur aufgrund von Gegenansprüchen aus dem gleichen Vertragsverhältnis berechtigt.

§ 19 Dokumentation

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Anwendungsdokumentation (Nutzerhinweise, Anleitungen, Hilfestellung etc.) des Gesamtsystems verpflichtet. Die Dokumentation muss es dem für die Nutzung und Administration einzusetzenden Personal des Auftraggebers ermöglichen, die Software nach Durchführung der vereinbarten Schulung ordnungsgemäß zu bedienen, sofern das Personal ausreichende Vorbildung und Ausbildung aufweist.
- (2) Die Dokumentation muss darüber hinaus den technischen Aufbau und die technischen Abläufe des Gesamtsystems so umfassend beschreiben, dass es dem Auftraggeber möglich ist, die Unterlagen auch ohne Inanspruchnahme des Auftragnehmers zu verwenden, insbesondere um die Software selbständig einsetzen und, soweit die Gewährung entsprechender Rechte vereinbart ist, auch fortentwickeln zu können.
- (3) Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist die Dokumentation spätestens mit Erklärung der Betriebsbereitschaft in deutscher Sprache zu übergeben. Die Nutzung der gängigen englischen Fachbegriffe ist zulässig.
- (4) Bei einer Mängelbeseitigung nach § 14 dieses Vertrages wird der Auftragnehmer die erforderlichen Anpassungen und Änderungen in die Dokumentation mit aufnehmen.
- (5) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an den Dokumentationen alle Nutzungsrechte nach § 13 dieses Vertrages ein.

§ 20 Quellcodeübergabe und Quellcodehinterlegung

Soweit nichts anderes vereinbart ist, hat der Auftragnehmer den jeweils aktuellen Stand des Quellcodes der Individualsoftware mit der Abnahme und nach der Abnahme bei jeder Übergabe eines neuen Programmstandes der Individualsoftware an den Auftraggeber zu übergeben. Hierzu gehören die fachgerechte Kommentierung des Quellcodes und Beschreibung der notwendigen Systemparameter sowie sonstige notwendige Informationen, die den Auftraggeber in die Lage versetzen, mit Fachpersonal den Quellcode zu bearbeiten, um eine selbstständige Weiterentwicklung der Individualsoftware vorzunehmen. Die Übergabe soll in elektronischer Form auf einem Datenträger erfolgen und wird protokolliert. Der Auftraggeber erhält an allen Fassungen des Quellcodes und der Dokumentationen im Zeitpunkt der jeweiligen Erstellung ein Nutzungsrecht im vertraglich vereinbarten Umfang. Der Auftraggeber wird den Quellcode wie eigene vertrauliche Informationen behandeln und Dritten nur im Rahmen der bestimmungsgemäßen Nutzung zugänglich machen und diese ebenfalls zur Vertraulichkeit verpflichten.

§ 21 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.
- (2) Sämtliche in diesem Vertrag genannten Anlagen sind verpflichtender Vertragsbestandteil.
- (3) Für die Durchführung dieses Vertrags gilt ausnahmslos das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird Berlin vereinbart.

Berlin, den

Christian Reuter

Generalsekretär

Deutsches Rotes Kreuz e. V.

....., den

.....
.....
.....
.....